

Antrag 2025/A/4
AfA RLP**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme und Überweisung an die Programmkommission für das LTW-Programm**Bildungsurlaub als Chance in vollem Umfang nutzen!**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die SPD-Landtagsfraktion sowie das sozi-
- 3 aldemokratisch geführte Ministerium für
- 4 Arbeit, Soziales, Transformation und Digi-
- 5 talisierung sollen sich aktiv dafür einset-
- 6 zen, die Nachfrage nach Bildungsurlaub un-
- 7 ter den Arbeitnehmer:innen in Rheinland-
- 8 Pfalz wieder zu steigern. Von über zwei Mil-
- 9 lionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz
- 10 nutzen lediglich ein bis drei Prozent ihren
- 11 Anspruch auf Bildungsurlaub gemäß dem
- 12 Bildungsfreistellungsgesetz (BFG) vom 30.
- 13 März 1993. Hauptursache für diese gerin-
- 14 ge Nachfrage sehen wir in der unzurei-
- 15 chenden Bekanntheit des Gesetzes, den
- 16 bürokratischen Hürden und den Nachwir-
- 17 kungen der Corona-Pandemie. Dies wird
- 18 auch im neuesten Bericht der Landesregie-
- 19 rung über das BFG für die Jahre 2021/2022
- 20 deutlich. Angesichts der Herausforderun-
- 21 gen durch den demographischen Wan-
- 22 del, technologischen Fortschritt und ge-
- 23 sellschaftlichen Veränderungen ist es un-
- 24 erlässlich, alle Chancen zur Weiterbildung
- 25 zu nutzen und bestehende Angebote bes-
- 26 ser auszuschöpfen.
- 27 Wir fordern daher von den Entscheidungs-
- 28 träger:innen auf Landes- und Bundesebene
- 29 die Umsetzung folgender fünf Punkte:
- 30 1. Informationskampagne Rheinland-Pfalz
- 31 Die Regelungen zur Bildungsfreistellung in
- 32 Rheinland-Pfalz zählen zu den besten in
- 33 Deutschland. Es ist bedauerlich, dass die
- 34 Nachfrage auf so niedrigem Niveau ver-
- 35 harrt.

36 Wir fordern eine umfassende Informations-
37 kampagne, die folgende Maßnahmen um-
38 fasst:

- 39 • Veranstaltungen in Betrieben in Zusam-
40 menarbeit mit den Sozialpartnern und Be-
41 triebsparteien
- 42 • Werbeflächen in Städten und Gemeinden
- 43 • Öffentlich zugängliche digitale und ge-
44 druckte Medien

45 Ziel der Kampagne ist es, die Nachfra-
46 ge bei den Arbeitnehmer:innen wieder zu
47 steigern, um mindestens das Vor-Corona-
48 Niveau zu erreichen.

49 2. Veranstaltungsangebot im politischen,
50 beruflichen und gesellschaftlichen Bereich

51 Im fünften Bericht der Landesregierung
52 zum BFG wird festgestellt, dass von 6.027
53 angebotenen Veranstaltungen 80,1% der
54 beruflichen Weiterbildung, 17,9% der ge-
55 sellschaftspolitischen Weiterbildung und
56 2,1% beiden Bereichen zuzuordnen sind. Als
57 Sozialdemokrat*innen betonen wir die Be-
58 deutung der politischen und gesellschaft-
59 lichen Weiterbildung der Arbeitnehmer*in-
60 nen abseits ihres Berufs. Wir fordern die
61 Entscheidungsträger*innen daher auf, die
62 politische Weiterbildung so zu fördern, dass
63 ein ausgewogenes Angebot zwischen be-
64 ruflicher und gesellschaftspolitischer Wei-
65 terbildung entsteht.

66 3. Teilnahme nach Geschlecht, Alter, Be-
67 triebgröße, Beschäftigungsbereich und -
68 status

69 Es darf keine erheblichen strukturellen Un-
70 terschiede in der Inanspruchnahme des Bil-
71 dungsurlaubs zwischen den Beschäftigten-
72 gruppen geben. Es bedarf realer Möglich-
73 keiten der Teilnahme für alle Beschäftig-
74 ten sowie attraktiver Angebote für diverse
75 Zielgruppen. Der Bericht der Landesregie-

76 rung über das BFG für die Jahre 2021/2022
77 zeigt, dass unter anderem der Anteil der
78 Frauen unter den Teilnehmenden auf 41,9
79 Prozent gesunken ist, während der Anteil
80 der Männer auf 58,1 Prozent gestiegen ist.
81 Wir fordern die Begleitkommission des BFG
82 gemeinsam mit dem Ministerium für Ar-
83 beit, Soziales, Transformation und Digitali-
84 sierung auf, strukturelle Probleme zu iden-
85 tifizieren und konstruktive Lösungsansätze
86 zu entwickeln, die in die künftige Ausge-
87 staltung der Bildungs-freistellung einflie-
88 ßen.

89 4. Auszubildende voll berücksichtigen

90 Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BFG haben Arbeit-
91 nehmer*innen Anspruch auf zehn Arbeits-
92 tage Bildungsfreistellung alle zwei Jahre.
93 Für Auszubildende gilt jedoch § 2 Abs. 3
94 Satz 1 BFG, wonach sie nur fünf Tage im
95 Ausbildungsjahr für gesellschaftspolitische
96 Weiterbildung in Anspruch nehmen kön-
97 nen, sofern das Ausbildungsziel nicht ge-
98 fährdet wird. Wir fordern die Gleichstel-
99 lung von Arbeitnehmern und Auszubilden-
100 den im Bildungsurlaub und eine Novellie-
101 rung des BFG, um den Auszubildenden den
102 gleichen Anspruch auf Bildungsurlaub zu
103 gewähren.

104 5. BUG perspektivisch reformieren und ak- 105 tualisieren

106 Der Bildungsurlaub war mal als Bundesge-
107 setz geplant, das an das Urlaubsgesetz ge-
108 koppelt werden sollte. Da sich das Kabinett
109 der Bundesregierung in den 1960er Jahren
110 allerdings nicht einigen konnte, haben die
111 Bundesländer in den 1970er den Bildungs-
112 urlaub zur Ländersache erklärt. Dies führ-
113 te zu unterschiedlichen Regelungen in den
114 Bundesländern, zum Nachteil der Arbeit-
115 nehmer in Bayern und Sachsen, wo es bis

116 heute keine Regelungen zur Bildungsfrei-
117 stellung gibt. Angesichts der erforderlichen
118 Novellierung des BUG aufgrund von EU-
119 Richtlinien und aktueller Rechtsprechung
120 fordern wir die SPD-Mitglieder im Bun-
121 desrat, der Bundesregierung und der SPD-
122 Bundestagsfraktion auf, die Einführung ei-
123 nes Mindestanspruchs auf Bildungsfrei-
124 stellung im BUG zu prüfen. Eine Schlechter-
125 stellung der Arbeitnehmer*innen durch Re-
126 gelungen, die die bestehenden Länderge-
127 setze außer Kraft setzen, darf dabei jedoch
128 nicht erfolgen.